

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der CDU

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/804 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023)

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

Mittelfristige Finanzplanung des Landes
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

hier: Einzelplan 04
Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung

Der Landtag möge beschließen,

folgender EntschlieÙung zuzustimmen:

„Die Bedrohungslage in Mecklenburg-Vorpommern und in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Neben dem Rechts- und Linksextremismus entwickelt sich zunehmend ein religiös motivierter Extremismus zu einem weiteren Schwerpunkt der Sicherheitsorgane. Extremistische Kräfte professionalisieren und vernetzen sich unter Nutzung des Internets und der sozialen Medien. Nach dieser Maßgabe ist die personelle und sachliche Ausstattung der Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern kritisch zu prüfen und entsprechend den tatsächlichen Notwendigkeiten zu verbessern.

Ob und wie gut ein Verfassungsschutz funktioniert, ist auch eine Frage der fachlichen und sachlichen Ausstattung sowie der Möglichkeit eines funktionierenden Austausches und der Koordination der Tätigkeiten der Behörden auf Länder- und Bundesebene.

Neben den klassischen Qualifikationen aus dem Polizeidienst sind nach der geänderten Lage zukünftig auch Fachkräfte, wie IT-Spezialisten, Analysten, Psychologen und Religionswissenschaftler, zwingend notwendig. Die Mitarbeiterzahl der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums muss entsprechend dem erweiterten Aufgabenfeld qualifiziert neu bewertet und erhöht werden.

Die Beobachtung und Berichterstattung durch den Verfassungsschutz und der Zugriff durch die Polizei sind Ausdruck der wehrhaften Demokratie unserer Republik. Die Gefährdung durch Extremisten, verstärkt insbesondere durch die Vernetzung und den Datenaustausch in den Sozialen Medien und im Internet, macht vor Landesgrenzen und fehlenden Ressourcen nicht halt.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, bis Ende 2022 den personellen und materiellen Bedarf der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums durch das Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung qualifiziert ermitteln zu lassen und die Abteilung den ermittelten Anforderungen entsprechend ausstatten.

Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen für ein effektives Handeln des Verfassungsschutzes zu schaffen.“

Franz-Robert Liskow und Fraktion